

Senioren in Aufruhr: Regierung plant neue Belastungen für Pensionisten!

Die Seniorenorganisation kritisiert die geplanten Budgetmaßnahmen der Regierung, die zu einer finanziellen Mehrbelastung der älteren Generation führen könnten.

Deutschland - Die aktuellen Entwicklungen in der Seniorenpolitik sorgen für Aufregung. Der Seniorenrat hat entschieden, gegen die von der Regierung geplante Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge von 5,1 auf 6 Prozent vorzugehen. Die die Regierung aus ÖVP, SPÖ und NEOS vorgesehene Maßnahme wird als ungerecht kritisiert, insbesondere da Senioren bereits höhere Beiträge zahlen als Arbeitnehmer. „Diese Erhöhung ist nicht begründbar, Pensionisten dürfen nicht die Lückenbüßer sein“, äußerte sich Präsident Kostelka empört. Strukturelles Ungerechtigkeits wie diese belasten Senioren jährlich mit rund 500 Millionen Euro, was sich über fünf Jahre auf bis zu 3 Milliarden Euro summiert, wie die Detailanalyse des **Kleine Zeitung** zeigt.

Währenddessen sorgt der Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung für Aufklärung über die finanziellen Verhältnisse der Altersvorsorge. Der Bericht kündigt an, dass der Beitragssatz zur Rentenversicherung bis 2026 stabil bei 18,6 Prozent bleibt und bis 2030 auf 20,4 Prozent ansteigt. Die Renten werden voraussichtlich bis 2038 um 50 Prozent steigen. Zudem liegt das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen älterer Paare bei 3.759 Euro. Diese Zahlen, vorgelegt im **Rentenbericht**, geben einen Überblick über die Einkommenssituation der Senioren und zeigen, dass mehr als die Hälfte der älteren Generation zusätzliches Einkommen aus

betrieblicher oder privater Vorsorge generiert.

Gegenseitige Ansprüche und Kritik

Ein zentrales Anliegen des Seniorenrats ist es, dass keine Pensionsanpassungen unter der Inflationsrate stattfinden sollten. Kostelka sieht hier eine klare Ablenkung von der Verantwortung der Regierung, die vorschlägt, dass Pensionisten im ersten Jahr nach dem Pensionsantritt nur 50 Prozent der Anpassung erhalten. „Ich verstehe nicht, warum Senioren nicht die volle Pensionsanpassung im ersten Jahr bekommen sollen“, kritisiert auch die Präsidentin des Seniorenbundes und plant, gegen diese Regelung vorzugehen. Ein häufiges Motto in der aktuellen Diskussion ist die Forderung nach einer gerechten Behandlung aller sozialen Gruppen, besonders der älteren Generation.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Deutschland
Quellen	• www.kleinezeitung.at • www.bundesregierung.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at